

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

Nr 282.

Erscheint jeden Sonntag Nachmitt. 5 Uhr für den  
andern Tag. Preis vierteljährig 2 Mark 25 Pf.,  
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.  
Sonntabend, den 5. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen  
und beträgt der Preis für die gefaltete Zeile  
oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Die Ausweisungsfrage.

Der von 168 Abgeordneten unternommene Versuch, die in den östlichen Provinzen Preußens in neuerer Zeit bewirkten Ausweisungen im deutschen Reichstage zum Gegenstand einer Interpellation zu machen, ist auf den energischen Widerstand der Reichsregierung gestoßen. Die Verantwortung der Interpellation wurde von dem Reichskanzler nach Befragung einer darauf bezüglichen kaiserlichen Botschaft abgelehnt, unter Verwahrung des Rechtes des Königs von Preußen, in seinen Staaten und insbesondere in den Grenzprovinzen die deutsche Nationalität jeder Beeinträchtigung durch fremde Nationalitäten zu schützen. Aus dem bereits ausführlich wiedergegebenen Reichstagsbericht war zu entnehmen, daß Fürst Bismarck kein Bedenken trug, die in Form einer Interpellation zurückgewiesene Ausweisungsfrage bei der späteren Berathung einer Etatsposition eingehend zu erörtern und sogar noch weitergehende Ausführungen im preussischen Landtage in Aussicht zu stellen. Es lag dadurch klar am Tage, daß die Reichsregierung gar keinen Grund hatte, eine spezielle Berathung der Ausweisungsfrage zu scheuen, welche letztere sie voraussetzlich als Nothwehr gegen die weitere Ueberfluthung der östlichen Provinzen durch polnische Einwanderer rechtfertigen würde, sondern nur Anstoß an der herausfordernden Förmlichkeit der Interpellation nahm. In anderer Form hätte vielleicht der Wunsch, eine Aeußerung der Bundesregierung über die Ausweisungen herbeizuführen, keine so bedeutende Staatsaktion verursacht, wie die in der kaiserlichen Botschaft an den Reichstag enthaltene feierliche Verwahrung des Königs von Preußen.

Prüft man in unbefangener Weise den Wortlaut der von der polnischen Fraktion eingebrachten und von der gesamten Opposition unterstützten Interpellation, so wird man den Ton der letzteren sicher nicht nur herausfinden, sondern auch zugestehen, daß dieser Ton schon deshalb nicht glücklich gewählt war, weil der Reichstag wohl das Recht hatte, sich mit der Ausweisungsfrage zu beschäftigen, nicht aber die preussische Regierung deshalb zur Rechenschaft zu ziehen. Das Letztere mußte jedenfalls dem preussischen Landtage vorbehalten bleiben, dem Fürst Bismarck deshalb Rede und Antwort zu stehen versprochen hat. An der Ausführung der Ausweisungsfrage ist sicher Manches anzusetzen, vom nationalen Standpunkte aber wird es dem Reichskanzler gar nicht schwer werden, sein Vorgehen zu rechtfertigen. Im preussischen Abgeordnetenhaus wird dies um so leichter sein, als man dort vollständig damit vertraut ist, wie der preussische Staat sich von kleinen Anfängen durch fortwährende Gebietsveränderungen herankämpfte, zwar bereitwillig zahlreiche Unterthanen fremder Nationalitäten aufnahm, dieselben aber besonders in den neu erworbenen Landestheilen ebenso energisch wie geschickt germanisirte. Ganz ähnlich verfuhr seinerzeit Frankreich mit dem Elsaß-Lothringen und erzielte damit den Erfolg, daß die ehemals deutschen Reichslande durch und durch französisch germanisirt wurden. So schritt auch die Germanisirung der polnischen Erwerbungen Preußens stetig vor, während die Ausweisung der polnischen Einwanderer, welche die Polen in den östlichen Provinzen Preußens zu einem großen Theile ausmachten, nicht nur in Ostpreußen trotz der massenhaft dort wohnenden Polen bis vor wenigen Jahren so gut wie nichts von einer polnischen Frage.

Wenn seit den letzten Jahren diese Frage in Polen, Ost- und Westpreußen und Schlesien zu einer brennenden geworden ist, so schreibt das die preussische Regierung, gleichviel mit Recht oder mit Unrecht, der Zentrumsparthei zu, welche rücksichtslos die nationalen und konfessionellen Angelegenheiten verwickelte und in jenen Provinzen auf Kosten des deutschen Reichthums immer glänzendere Erfolge erzielte. Wer Deutschthum ein Interesse daran, eine polnische Auswanderung in wachsender Ausdehnung nach jenen Ländern zu leiten; wer sonst bekämpfte dort die Deutschen mit Hilfe der Polen? Die eigenthümliche Behandlung der Ausweisungsfrage im Reichstage zeigte unverkennbar die Absicht des Fürsten Bismarck, den schroffen Gegensatz der Führer der Zentrumsparthei zu der Krone Preußens und zu den nationalen Aufgaben dieses Staates in das hellste Licht zu stellen. Der Moment war dazu um so richtiger gewählt, als kurz vorher bei der Debatte über die Nichtzulassung der Jesuiten in den deutschen Kolonien der Führer Windthorst behauptet hatte, daß dann die überförmlichen Besitzungen überhaupt den Katholiken verschlossen seien. Jetzt sollten auch noch die Ausweisungen russischer und österreichischer Polen dazu dienen, die irrthümliche Annahme zu verbreiten, daß es sich dabei nicht um eine nationale Nothwehr, sondern

um eine religiöse Verfolgung handle. Ein Staatswesen kann aber unmöglich gedeihen, wenn man zahlreichen Bürgern desselben die Meinung beibringt, daß sie ihres Bekenntnisses wegen verfolgt werden. Gegen dieses staatsgefährliche Treiben bedurfte es eines starken Bollwerks; das war die kaiserliche Botschaft, welche den Führern des Zentrums als feierliche Mahnung dienen sollte, davon abzulassen, gleich zu Anfang der Session Drachenzähne zwischen Reichstag und Regierung zu säen, oder sich fernerhin als Schützer der Rechte der Einzelstaaten aufzuspielen. Die ganze Auseinandersetzung hatte außerdem den Erfolg, zahlreichen Deutschfreisinnigen die Frage nahe zu legen, ob sie es vor sich selbst verantworten könnten, weiter Brust an Brust mit dem Zentrum zu kämpfen, statt sich unter das nationale Banner zu schaaren. Der Sprecher dieser Partei, Abg. Hänel, hütete sich wohl, die schrankenlose polnische Einwanderung in Schutz zu nehmen, verwahrte vielmehr seine Freunde äußerst scharf gegen den Verdacht der Sympathie mit reichsfeindlichen Parteien. Außer einer Einschüchterung der Opposition war es dem Reichskanzler unverkennbar darum zu thun, das Vertrauen der Einzelregierungen auf die Bewahrung ihrer Selbstständigkeit durch eine neue feierliche kaiserliche Kundgebung zu kräftigen. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ liegt der Schwerpunkt der Denkschrift wesentlich in der Verhütung der sämtlichen Bundesstaaten über die Möglichkeit einer Vergewaltigung ihrer verfassungsmäßigen Rechte durch die Reichsregierung.

Ob die Polen-Interpellation nach den Erörterungen beim Etat nochmals in irgend einer Form im Reichstage zur Sprache kommen wird, ist, wie man der „National-Zeitung“ schreibt, noch eine völlig offene Frage. Thatsächlich hatten die polnischen Reichstagsmitglieder aus der preussischen Provinz Posen von Anfang an durchaus keine große Neigung, die Ausweisungsfrage vor den Reichstag zu bringen. Sie sind dazu durch die polnischen Organe der öffentlichen Meinung in der Provinz Posen gedrängt worden; verlangte man von ihnen doch sogar die Einbringung eines Antrages auf Erwirkung der Zurücknahme der Ausweisungen durch das Reich. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sache nicht bis zu ihrer Berathung im preussischen Landtage ruhen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat gestern folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: In Erwägung, daß die Massen ausweisungen von russischen und österreichischen Staatsangehörigen polnischer und russischer Nation geeignet sind, völlerrechtliche Verwickelungen mit dem Auslande herbeizuführen, — in Erwägung, daß die völlerrechtliche Vertretung Deutschlands laut Artikel 11 der Reichsverfassung Reichsangelegenheit ist, — in fernerer Erwägung, daß die Fremdenpolizei, in deren Bereich jene Ausweisungen fallen, nach Artikel 4 der Reichsverfassung der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reiches, mithin der Kompetenz des Reichstages unterliegen, — in Erwägung endlich, daß die Interessen der Deutschen im Auslande, welche nach Artikel 4 der Verfassung Anspruch auf den Schutz des Reiches haben, durch die fragliche Maßregel der preussischen Regierung geschädigt werden und weiter bedroht sind, indem namentlich den Regierungen Rußlands und Oesterreichs Grund zu Repressalien geliefert und der Bedrängung des Deutschthums in jenen Ländern ein Schein von Verletzung gegeben wird, den Reichskanzler zu eruchten, die nöthigen Schritte zu thun, damit jene die Interessen wie die Ehre des deutschen Volkes gleich schwer schädigende Maßregel alsbald rückgängig gemacht werde.“

Das energische Verhalten des deutschen Reichskanzlers bei dieser Angelegenheit hatte auch zahlreichen Reichstagsabgeordneten die Luft benommen, die von Preußen und Baiern mit dem russischen Reiche abgeschlossenen Separat-Auslieferungsverträge in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen. Dieser freiwillige Verzicht scheint um so zeitgemäßer, als die russischen Regierungen und Volkskreise durch die Einmischung Oesterreichs in den serbisch-bulgarischen Streit ganz ungewöhnlich erregt worden sind. Die deutsche Politik war bisher mit der österreichischen so eng verknüpft, daß der Schatten der Mission des Grafen Radowitz auf Deutschland mit zurückfällt, trotzdem Fürst Bismarck kaum dabei seine Hand im Spiele gehabt hat. Die deutsche Reichsregierung muß gerade jetzt dringend wünschen, daß die so leicht zu trübenden Beziehungen zu Rußland nicht zum Gegenstand einer öffentlichen Verhandlung des deutschen Reichstages gemacht werden, weil dabei leicht Aeußerungen fallen könnten, die den kaum eingeschlämmten Deutschthum in Rußland sofort wieder erwecken würden. Die Wirkung der kaiserlichen Botschaft, derartige Fragen zunächst der Diskussion zu entziehen, dem

Zentrum aber auf längere Zeit jeden Eingriff in das nationale Gebiet zu verleißen, ist jedenfalls von hohem Werth. Die Ausweisungsfrage ist dadurch nicht endgültig beseitigt, sondern nur dem preussischen Landtage überwiesen worden; dort wird dieselbe hoffentlich eine befriedigende Lösung finden. Das Loos der durch die Ausweisungen betroffenen Familien ist jedenfalls ein beklagenswerthes; es verdient eine ernste sachliche Besprechung, die nicht ausbleiben wird, so bald man diese Angelegenheit nicht mehr in eine unnatürliche Verbindung mit dem leidigen Kulturkampf bringt.

## Tageschau.

Freiberg, den 4. Dezember.

Im deutschen Reichstage wurde gestern die Berathung der Arbeiterfrage-Anträge der Abgg. Auer, Lieber, Hise und Lohren fortgesetzt. Abg. Lieber beklagte den Stillstand, den die Regierung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten lassen. Die Enquete bezüglich der Sonntagsruhe sei kennzeichnend für die Haltung der Regierung; die von ihr gestellten Fragen seien nicht nur unvollständig, sondern sogar theilweise zweckwidrig. Eine Untersuchung darüber, ob die Sonntagsruhe allgemein erwünscht sei, ob der dadurch eintretende Lohnausfall von dem Arbeiter auch getragen werden könne, dürfe von rechts wegen gar nicht angestellt werden. Die allgemeine Sonntagsheiligung sei ein hohes sittliches Gebot; es könne sich höchstens darum handeln, wann von diesem Gebot abgewichen werden dürfe. Wennso notwendig seien die Bestimmungen betreffs der Arbeitszeit, betreffs der Kinderarbeit und der Frauenarbeit. Die Sozialreform müsse weiter gefördert werden; wenn die verbündeten Regierungen sich nicht entschließen könnten, selbst die Initiative zu ergreifen, so sei es Pflicht der einzelnen Parteien des Hauses, ihrerseits hierin die nöthigen Schritte zu thun. Daraus erklärte der Staatssekretär von Bötticher, es empfehle sich, die ganze Sache in einer Kommission genauer durchzuerörtern, weil es sich hier um Dinge von einschneidender Wichtigkeit handle. Die verbündeten Regierungen würden sich die gründliche Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse angelegen sein lassen und stünden keineswegs diesen Bestrebungen von vornherein ablehnend gegenüber. Der Vorwurf des Stillstandes auf dem Gebiete der Sozialreform sei ungerecht; dagegen sprächen die Bemühungen für die weitere Ausdehnung der Arbeiterversicherung und die Anordnung einer Zusammenstellung des aktuellen Rechtes betreffs des Arbeiterschutzes mit den in den Einzelstaaten darüber bestehenden Vorschriften. Uebrigens habe diese dem Reichstage halbwegs zugehende Zusammenstellung ergeben, daß es durchaus nicht so schlimm sei, wie man darzustellen suche. Wenn den betreffenden Vorschriften nicht immer nachgekommen werde, so könne auch die Reichsregierung nicht viel mehr dazu thun. Die angestellte Enquete sei durchaus nicht tendenziös; das sei gar nicht möglich, es habe sich um thatsächliche Zustände gehandelt und um die Folgen, welche eine Aenderung derselben hervorgerufen werde. Die Enquete sei auch durchaus nicht so oberflächlich vorgenommen worden, wie Abg. Lieber annehme. Bezüglich der Sonntagsruhe dürfe man die Ergebnisse der Enquete ohne Voreingenommenheit abwarten. In der Frage eines Maximalarbeitstages stehe die Regierung auf einem ganz anderen Standpunkte, als die Antragsteller. Wenn man auf die Schweiz verweise, wo ein Maximalarbeitstag eingeführt sei, so möge man auch bedenken, wie zahlreich die Ausnahmen von dieser Einrichtung in den einzelnen Kantonen seien. Die verbündeten Regierungen würden bereit sein, auch in dieser Beziehung sich auf genaue kommissarische Erörterungen einzulassen. Was vernünftig und zweckmäßig sei, werde er sicher nicht ohne Weiteres von der Hand weisen; aber für jetzt seien die verbündeten Regierungen noch nicht in der Lage, die sich in den vorliegenden Gesetzentwürfen kundgebenden Anschauungen in jeder Beziehung zu theilen. Abg. Lohren wies auf die Mißstände bei der Beschäftigung der weiblichen jugendlichen Arbeiterinnen bezüglich der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit hin, zu deren Abstellung man nicht erst die Ergebnisse der Enquete abzuwarten brauche. So weit wie die Sozialdemokraten verlangen, könne man freilich nicht gehen; so sei die Einführung eines Minimallohnes ganz undurchführbar. Abg. Hise erklärte dagegen die Forderung des Minimallohnes als eine berechtigte an, wenn auch nicht in der von den Sozialdemokraten gewählten Reform. Im Uebrigen verwende sich der Redner für Annahme des Antrages Lieber. Hierauf wurde die weitere Berathung vertagt. — Die Budget-Kommission des Reichstages genehmigte gestern den Antrag des Abg. von Huene, nur für die Deputationskosten der Kommandozulagen auf 2 M. zu erhöhen. — Die dem deutschen